

*1:12-Initiative*

# Lohndiktat würde alle treffen

Ob grosser Weltkonzern oder Kleinst-KMU – von einer Annahme der 1:12-Initiative wäre der gesamte Wirtschaftsstandort betroffen. An einer Medienkonferenz der Wirtschaft unter der Leitung des Schweizerischen Gewerbeverbands äusserten sich beispielhaft vier Unternehmerinnen und Unternehmer zu den Folgen für ihre Betriebe. Betont wurde insbesondere die Bedeutung der unternehmerischen Freiheit, die mit Forderungen wie 1:12 gefährdet wird. **Daniela Baumann**

Die Unternehmen in der Schweiz wären unterschiedlich betroffen von einem staatlich verordneten Verhältnis von maximal 1:12 zwischen dem höchsten und dem tiefsten Lohn, wie es die Volksinitiative der Jungsozialisten verlangt. In den allermeisten Firmen liegt dieser Wert schon heute weit tiefer. Die vom Schweizerischen Gewerbeverband eingeladenen Unternehmensvertreter machten vor den Medien denn auch klar, dass es in der Diskussion um die 1:12-Initiative nicht primär um die Lohnhöhe geht, sondern um den staatlichen Eingriff in die unternehmerische Freiheit und Flexibilität – einer der grössten Vorzüge des Wirtschaftsstandorts.

**Auch die Angestellten stehen hinter der Sozialpartnerschaft**

Für ABB Schweiz etwa wären durch ein staatliches Lohndiktat die ureigenen Stärken des Landes wie Innovation, Qualität und Produktivität gefährdet, sagte Remo Lütolf, Vorsitzender der Geschäftsleitung. «Diese Stärken beruhen auf den Talenten von Fachkräften. Neben einheimischen suchen wir oft auch internationale Spezialisten. Da ist es wichtig, über die Grenzen hinaus attraktiv zu sein.» Lütolf verwies überdies auf die bewährte Sozialpartnerschaft sowie den Gesamtarbeitsvertrag in der MEM-Industrie und liess nicht unbemerkt, dass «auch die Angestelltenvertretung von ABB Schweiz davon überzeugt ist».

Auf die konkreten Konsequenzen angesprochen, die ABB bei einer Annahme der Initiative zu ziehen hätte, gab sich Lütolf bedeckt. Es hinge von den Ausführungsbestimmungen ab, was möglich wäre. Dennoch liess er durchblicken, dass es wohl zu Auslagerungen ins Ausland käme.

Auch Peter Stämpfli, Delegierter des Verwaltungsrats der Stämpfli AG, hielt der 1:12-Initiative die Sozialpartnerschaft entgegen. Er appellierte an die Arbeitnehmerseite, ihre Verantwortung wahrzunehmen anstatt sie an den Staat abzuschieben. «Damit schwächen die Gewerkschaften unverständlicherweise ihre eigene Position und verschieben das Gleichgewicht im Dialog mit den Arbeitgebern zu ihren Lasten.»

## «Die Umverteilung der Lohnsumme ist Wunschdenken.»

In der Verlags- und Druckbranche ohnehin mit einer anspruchsvollen Marktsituation konfrontiert, befürchtet Stämpfli infolge von 1:12 den Verlust von Kundenaufträgen ans Ausland. Zudem gab er zu bedenken, dass im Initiativtext nirgends von einer Umverteilung der Lohnsumme die Rede ist. «Das ist reines Wunschdenken der Befürworter. Vielmehr würde das Lohnniveau auf allen Stufen sinken.»

**Auf Grossbetriebe angewiesen**

Die beiden Vertreter von Kleinstbetrieben, die je weniger als 20 Mitarbeitende beschäftigen, brachten insbesondere wenig Verständnis dafür auf, dass die Initianten ihre Freiheit als Unternehmer beschneiden wollen. Für André Berdoz, Inhaber eines Zulieferbetriebs im Elektrobereich, ist es «äusserst wichtig, mein Unternehmen in voller Freiheit führen, an die Marktentwicklung anpassen und die Arbeitsplätze dauerhaft sichern zu können». Er sieht mit der 1:12-Initiative die Standortattraktivität aufs Spiel ge-

setzt und erinnerte daran, dass die KMU von der Präsenz von Grossunternehmen, ihren Aufträgen sowie dem Konsum ihrer – zum Teil gut bezahlten – Mitarbeitenden lebten. «Wenn die Initiative angenommen werden sollte, würden multinationale Unternehmen unser Land verlassen», ist er überzeugt. «Und dies hätte unabwendbare Folgen für die Arbeitsplätze bei den KMU.»

**Arbeitgeber tragen Risiko**

Marianne Meister, Inhaberin eines Detailhandelsgeschäfts, ärgerte sich ebenfalls über die drohende Entmündigung der Unternehmerinnen und Unternehmer. «Wir sind es schliesslich auch, die sich mit viel Engagement den wirtschaftlichen Herausforderungen stellen, die Verantwortung für unsere Mitarbeitenden tragen und mit dem eigenen Geld geradestehen.» In ihrer Funktion als Präsidentin des Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverbands benannte sie stellvertretend für zahlreiche Unternehmen der Region zwei Hauptsorgen im Zusammenhang mit der 1:12-Initiative: erstens die zusätzliche Belastung mit Steuern und Abgaben, die den finanziellen Handlungsspielraum einschränkten, und zweitens den administrativen Mehraufwand für die Kontrolle und Durchsetzung der staatlichen Lohnvorschriften.

Dabei wäre die Einhaltung der Lohnvorschriften für die meisten Schweizer Unternehmen wohl noch das kleinste Übel, wie es Peter Stämpfli auf den Punkt brachte: «Das Thema ist nicht, wie viele Löhne in der Schweiz von 1:12 betroffen wären. Es geht vielmehr um einen Paradigmenwechsel von der unternehmerischen zur staatlichen Lohnfestlegung – und davon wären alle Arbeitnehmenden betroffen.» ■